



# uni-info

23. Juni

16/76

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT  
OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 510 64 · REDAKTION:  
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), JOHANNES BUCHRUCKER, KARIN WOLF ·  
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSONLICHE MEINUNG  
DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK — AUCH NUR AUSZUGSWEISE —  
NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ·  
(DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN  
EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN  
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

## Fahrraddemo

### »Bleibt heiter — macht weiter«



Gemeinsamer Kampf trotz Differenzen: Kundgebung in Hannover Foto: Contzen

Eine außerordentlich starke Resonanz fand die in der vergangenen Woche veranstaltete Fahrraddemonstration der Universität Oldenburg und der Fachhochschule (FHS) Ostfriesland in Emden/Leer in den Medien. Sowohl in Fernsehen und Rundfunk als auch in den jeweils "zuständigen" lokalen und in überregionalen Presseorganen wurde z.T. sehr ausführlich über diese bisher einmalige Aktion und ihre politischen Inhalte berichtet. Dies zusammen mit der überaus freundlichen und wohlwollenden Aufnahme bei der angesprochenen Bevölkerung sowie den zahlreichen Solidaritätserklärungen und Spenden ließen diese Demonstration für den Erhalt und Ausbau der Universität Oldenburg zu einem großen Erfolg werden. Die Demonstration war der Höhepunkt der phasiger Lehrerausbildung von sämtlichen politischen und Statusgruppen der Hochschule getragenen gesamtuniversitären Aktionstage, mit denen auf die durch die Maßnahmen der Niedersächsischen Landesregierung verursachten Probleme der Universität Oldenburg aufmerksam gemacht werden sollte:

- auf die drastische Reduzierung der Studienplatzzielzahlen
- auf die Streichung bereits geplanter und dringend benötigter Neubauten
- auf die ab 1. 7. 1976 eintretende Arbeitslosigkeit von nahezu 200 wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren
- auf die damit einhergehende massive Bedrohung von Projektstudium und Ein-

## Chronik

SAMSTAG-MITTWOCH, 13. 6. - 16. 6. 76,  
Fahrraddemonstration von Oldenburg  
nach Hannover.

1. Tag: Kundgebung auf Oldenburger Schloßplatz, Oberbürgermeister Fleischer verabschiedet die Demonstranten und unterstützt nachdrücklich die Fahrt nach Hannover. Veranstaltungen in Harpstedt, Bassum und Syke, Straßentheater, Kinomobil, Gespräch mit Bürgerinitiative; Übernachtung in Wildeshausen.

2. Tag: Weiterfahrt nach Wildeshausen über Bassum und Sulingen nach Nienburg, Veranstaltungen in Sulingen und Nienburg, u.a. Messung der "Lärmemission in Wohngebieten" in Nienburg.

3. Tag: Kundgebung vor der Nienburger Fachhochschule, deren ASTA sich mit der Fahrraddemonstration solidarisiert hatte. Weiterfahrt nach Mardorf am Steinhuder Meer bzw. nach Wunstorf, Veranstaltungen in Neustadt und Wunstorf.

4. Tag: Letzte Etappe von Mardorf/Wunstorf nach Hannover, Aktionen vor und in der Integrierten Gesamtschule und dem Gymnasium in Garbsen sowie in der Technischen Universität und der Pädagogischen Hochschule Hannover, Sit-in der WiHis und Tutoren vor dem Wissenschaftsministerium, Abschluskkundgebung und Teilnahme an GEW-Kundgebung auf dem Klagesmarkt, Rückfahrt nach Oldenburg, dort großer Empfang durch zurückgebliebene Studenten.

MONTAG-MITTWOCH, 14. 6. - 16. 6. 76: Parallel zur Fahrraddemo wird durch die "Hinterbliebenen" die "Ostfriesentour" durchgeführt. Flugblätter, Kundgebungen, Diskussionen, Unterschriftensammlungen gegen Ausbaustopp in Wilhelmshaven, Emden, Aurich, Leer, Papenburg, Norden, Wittmund und Oldenburg Innenstadt.

## »Bleibt heiter ... «

Fortsetzung von S.1

land. Sie protestierten damit u.a. gegen die Kürzung der Studienplatzzahl um 81 Prozent (von 4.000 auf 750), gegen die Streichung der geplanten Fachbereiche Maschinenbau und Elektrotechnik sowie die Verhinderung des Baus einer Mensa und eines Studentenwohnheims.

Die Idee zu dieser Aktion ging von der Projektinitiative (PIN) aus, die sich nach Bekanntwerden der Sparbeschlüsse der Landesregierung zur Verteidigung der wesentlichen Inhalte des Oldenburger Reformmodells gebildet hatte und die, gegliedert in mehrere Arbeitsgruppen, inhaltlich und organisatorisch weitgehend die Vorbereitungen der Fahrraddemo trug. Daneben konsultierte sich der "Gesamtuniversitäre Aktionsausschuß für den Aufbau der Universität in Oldenburg", in dem universitäre Gremien und hochschulpolitische Gruppen (Rektorat, Personalrat, ASTA, ÖTV, GEW, Senat, PIN, BdWi, AKG, ISW, MSB, SHB, ESG) zusammenarbeiteten und der die juristische und politische Trägerschaft für die Aktionen übernahm.

Die wesentlichen Entscheidungen über Verlauf und Inhalte der Demo traf, vorbereitet durch PIN und Aktionskomitee, die Vollversammlung aller Universitätsangehörigen, die am Freitag, den 11. 6. in der völlig überfüllten Aula stattfand. Auf diese Weise entstand eine Organisationsstruktur, die es erlaubte, die von der Basis entwickelten Vorstellungen innerhalb von sechs Wochen (Krüger: "Die Bundeswehr braucht für so etwas zweieinhalb Monate") in die Tat umzusetzen, und die einerseits nach außen ein relativ geschlossenes Auftreten ermöglichte, ohne daß andererseits die tiefgreifenden Differenzen zwischen den beteiligten Gruppen überwunden worden wären.

In Zentrum dieser immer wieder aufbrechenden Widersprüche stand der von Seiten der PIN befürchtete Zugriff gut organisierter politischer Gruppen auf die spontan sich entwickelnden Aktivitäten der einzelnen Teilnehmer und Gruppen; dagegen sahen diese Gruppen eine zu starke Betonung der nur kommunikativen Ebene, die sie als individualistisch verurteilten. Wenn die Aktion insgesamt doch zu einem Erfolg führte, so lag das sowohl an der letztendlichen Kooperationsfähigkeit der Beteiligten und an den während der Demonstration gesammelten und verarbeiteten Erfahrungen, die deutlich gemacht hatten, daß ein Auseinanderbrechen der Demonstration einen politischen Null-Effekt gebracht hätte. Und deshalb galt die Parole: "Bleibt heiter, macht weiter."

So wurde die am ersten Demonstrationsstag beobachtete zu wenig intensive Öffentlichkeitsarbeit, die bei der Be-

völkerung z.T. den Eindruck entstehen ließ, es bewege sich da eine Vereinigung von Fahrradsportvereinen vorbei dahingehend korrigiert, daß die Aufklärungsarbeit vor dem Eintreffen des Demonstrationszuges intensiviert wurde und daß per Lautsprecher über den Charakter der Demonstration berichtet wurde. Der Erfolg wurde durch Gespräche mit Passanten ersichtlich, die weitgehende Zustimmung galt nun nicht mehr - nur - dem sportlichen Einsatz, sondern zum großen Teil auch den Inhalten.

Einen besonderen Aspekt hatte die Veranstaltung in Wunstorf. Hier war bekanntlich die zunächst vorgesehene Übernachtung am Widerspruch der CDU-beherrschten Stadtverwaltung gescheitert, worauf die örtlichen Kirchengemeinden in die Bresche gesprungen waren und Schlafplätze angeboten hatten. Darüberhinaus bereiteten sie für den Abend eine Veranstaltung vor, auf der der Universität die Möglichkeit der Vermittlung ihrer Probleme geboten wurde. So war die Bevölkerung sehr intensiv auf die Demonstranten vorbereitet und interessiert. Die Bedeutung politischer Konflikte für die Schärfung des Bewußtseins zeigte sich ähnlich in der Integrierten Gesamtschule Garbsen sowie - auf der Ostfriesentour der Hinterbliebenen - an der Schule in Papenburg. Hier war ein guter Ansatzpunkt gegeben, sowohl auf die jeweils spezifischen Probleme der Schulen einzugehen, als auch, daran anknüpfend, die eigenen Probleme zu vermitteln und gemeinsame Problemstrukturen aufzudecken. Dagegen scheiterten aufgrund der mangelhaften Vorbereitung und der unzureichenden Vermittlung die Versuche in Nienburg und Hannover, die Studenten der FHS bzw. Technischen Universität anzusprechen und zu mobilisieren, völlig.

## Dank an Studentenwerk

Besonderen Dank und Anerkennung verdient das Studentenwerk, das sich befeierterklärt hatte, die Verpflegung der Demonstranten unterwegs mit Essen und Trinken zu übernehmen. Dies bedeutete für die Mitarbeiter des Studentenwerks, daß sie an drei Tagen morgens um 3 Uhr (!) mit dem Schmieren von etwa dreitausend Frühstücksbrotchen beginnen und die insgesamt sieben Mahlzeiten pünktlich von Oldenburg an die jeweiligen Etappenziele transportieren mußten - eine Leistung, die eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Gelingen dieser Aktion war. Und auch das solidarische Verhalten der etwa hundert Bediensteten der Universität, die unter Inkaufnahme von nachzuleistenden Arbeitsstunden am Mittwoch zur Abschlußkundgebung nach Hannover fuhren, muß hier hervorgehoben werden. Dem ursprünglichen Vorhaben des Personalrats, einen Betriebsausflug nach Hannover zu unternehmen, wurde seitens der Landesregierung mit einem Verbot gedroht mit der Begründung, ein Betriebsausflug müsse die Geselligkeit und das Betriebsklima fördern. Die Personalversammlung, die die Fahrraddemo unterstützte, beschloß daraufhin, statt um 10.00 Uhr erst nach der Arbeit um 12.00 Uhr loszufahren. jb

Die Demonstration fand ihren Abschluß in der Kundgebung auf dem Klagesmarkt in Hannover, auf der neben Vertretern der Universität (Rektor, ASTA, PIN, Personalrat) auch der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Wolfgang Schultze sprach. Später vereinigte sich der Oldenburger Demonstrationszug mit dem der GEW, die gegen den allgemeinen Bildungsnotstand protestierte.

Johannes Buchrucker



"Lieber auf's Rad als unter die Räder": Fahrraddemo '76

Foto: Vöge

## Universität ohne Zukunft? Serie zum Aufbaustopp \* Teil 4: Fachbereich IV

Mit katastrophalen Studien- und Forschungsbedingungen für Studenten und Lehrende, Einschränkungen und Liquidierungen von Studiengängen, die bereits geplant und genehmigt sind und miserablen Arbeitsverhältnissen für die Dienstleister muß die Universität Oldenburg rechnen, wenn die Landesregierung bei ihrem Vorhaben bleibt, nur noch ein Drittel der Summe in den Hochschulbau zu investieren, die von der alten Landesregierung geplant war. Wie bereits berichtet, sollen nach Vorstellung des Kabinetts für Gesamtneuersachsen in den nächsten Jahren nur noch 550 Millionen DM in den Hochschulausbau gesteckt werden. Damit steht die Errichtung der für die Existenz der Universität notwendigen Bauten (Mensa, Bibliothek, naturwissenschaftliche Studienflächen) in Frage. In der folgenden Serie versuchen die betroffenen Einrichtungen darzustellen, welche Folgen diese Entscheidungen des Kabinetts beinhalten würden. Heute ein Bericht des Fachbereichs IV. gh

In dieser Zustandsbeschreibung soll zugleich versucht werden, die jüngsten Entscheidungen der Landesregierung aus der Sicht des FB IV zu kommentieren. Zunächst die Lage, getrennt nach Experimentalwissenschaften, Mathematik und Geographie.

In den Experimentalwissenschaften sind insgesamt 671 Studenten zu betreuen. Dem stehen 405 Studienplätze gegenüber. Die Betreuung erfolgt durch 40 Lehrende. Diese Zahl kann sich bis 1977 auf 67 erhöhen, wenn 8 z.Zt. nichtbesetzte Stellen besetzt sind und die 19 zusätzlichen Stellen (s. unten) tatsächlich kommen.

Bezogen auf die 405 Studienplätze fällt die apparative Ausstattung um ca. 50 Prozent hinter die Richtwerte zurück. Bezogen auf die tatsächlich vorhandenen Studenten liegt sie unter dem Existenzminimum.

Im Bereich der Experimentalwissenschaften gibt es 12 Sonstige Mitarbeiter. Dies bedeutet im Klartext, daß jeder Lehrende ca. 60 Prozent der Arbeitsleistung eines Laboranten zusätzlich zu seinen eigenen Aufgaben erbringen muß, will er aktionsfähig bleiben.

In der Mathematik sind insgesamt 543 Studenten zu betreuen. Dafür stehen z.Zt. 22 Lehrende zur Verfügung. Ihre Zahl wird sich durch Besetzung vorhandener Stellen auf 25 erhöhen. Neue Stellen sind nicht zu erwarten. 12 Arbeitsplätze stehen ihnen zur Verfügung. Dieser Mangel trifft sie härter als die Experimentalwissenschaftler, die z.Zt. in Labors Eckchen finden.

Im Fach Geographie existieren insgesamt ca. 160 Studienfälle. Da diese experimentalwissenschaftliche Ausbildunganteile in Anspruch nehmen, belasten sie die genannten 405 Studienplätze mit. Mit 10 Lehrenden, davon 3 experimentalwissenschaftlich orientierte, ist das Fach relativ gut ausgestattet.

Forschung ist in dieser Situation so gut wie unmöglich. Die Gefahr besteht, daß Außenstehende von der objektiven

Verhinderung von Forschung auf deren Nicht-Existenz schließen und damit die Oldenburger Experimentalwissenschaften abschreiben. Forschung läuft trotzdem an, als Vorleistung, die bei fehlender materieller Absicherung sehr schnell auf Null zurückfallen muß. Vage Zusagen über VW-Mittel in 1976 erwecken einige Hoffnungen zumindest für die Physik. Im Bereich der interdisziplinären Zusammenarbeit auf gewässerökologischem Gebiet wurde immerhin die Abwicklung öffentlicher Untersuchungsaufträge bereits möglich, wobei die praktische Durchführung überwiegend in der Hand von Studenten liegt.

Es ist schwer, die derzeitigen Forderungen des FB IV in eine Priorität zu ordnen, da jede erfüllte Forderung einen neuen Flaschenhals bloßlegt. Die Forderung nach neuen wissenschaftlichen Stellen wird zurücktreten müssen bis zu einer Konsolidierung der Infrastruktur. Insgesamt kann etwa folgender Katalog aufgestellt werden:

-Komplettierung der Geräteausstattung des AVZ

-Erhöhung der Zahl der Sonstigen Mitarbeiter bis zu einem Verhältnis 1:1 zu den Lehrenden der Experimentalwissenschaften

-Erhöhung der Zahl der Schreibkräfte auf ca. 1/7 der Zahl der Lehrenden

-Verdoppelung der Zahl der Studienplätze einschließlich Ausstattung innerhalb von ca. 2 Jahren

-Erhöhung der Zahl der Tutoren bzw. Wissenschaftlichen Hilfskräfte auf ca. 90

-Erhöhung der Mittel der Titelgruppe 71 mindestens proportional zum Anstieg der Lehrenden

-Erhöhung der Kapazität der ZETWA und ihrer Werkstätten um ein Mehrfaches des derzeitigen Bestandes

-Kurzfristige Errichtung eines den Anforderungen von Lehre und Forschung angemessenen Bibliotheksbaues. Bereitschaft, Anforderungen auf Lehre und Forschung unter gleichzeitiger Zurückstellung von Eigeninteressen der Bibliothek zu erfüllen.

-Genehmigung der Promotionsordnung und der Prüfungsordnungen als wesentliche Voraussetzungen für das Anlaufen von Forschung.

Es scheint, daß eine Spekulation der Landesregierungen bisher teilweise zutrifft: Die auf die unter anderen Umständen unzumutbar überhöhte Arbeitsleistung der FB-Mitglieder. Eine solche Kalkulation kann nur aufgehen, wenn der Zeitraum begrenzt und eindeutig terminiert ist. Entsprechende zuverlässige Zusagen müßten jetzt kommen. Denn unsere Kräfte sind zu begrenzt, um die bisherigen Vorleistungen auf Dauer durchzuhalten.

Thomas Höpner

## WiHi führt Musterprozeß

In einer gemeinsamen Aktion wollen die Wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tuto ren, die am 30. Juni ihre Stelle in der Universität Oldenburg verlieren, heute beim Arbeitsamt Arbeitslosengeld beantragen. Ermutigt wurden sie dazu nicht zuletzt durch ein Urteil des Bundessozialgerichtes, das die Wissenschaftlichen Hilfskräfte dazu verdonnerte, Kranken-, Sozial- und Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Daraus schließt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): "Bei Nichtverlängerung eines Vertrages besteht grundsätzlich nach 26 Arbeitswochen Anspruch auf Arbeitslosengeld". Dies allerdings muß wohl erst noch per Gerichtsverfahren durchgeboxt werden, denn bisher weigert sich das Arbeitsamt trotz des Urteils des Bundessozialgerichts, diesen nach Meinung der GEW bestehenden Anspruch zu akzeptieren oder aber eine Halbtagsarbeit zu vermitteln.

Eine Wissenschaftliche Hilfskraft klagt deshalb auf Auszahlung des Arbeitslosengeldes.

Gegen die Anfang dieses Jahres vom Wissenschaftsministerium verfügte Reduzierung der Mittel für Tuto ren und Wissenschaftliche Hilfskräfte auf die Hälfte hatten die WiHIs, die deshalb zum 30. Juni entlassen werden sollen, im Rahmen der Fahrrademonstration vor dem Wissenschaftsministerium ein einstündiges Sit-in organisiert, um ihrer Forderung nach Weiterbeschäftigung Nachdruck zu verleihen. In einem längeren Gespräch mit den etwa 30 Teilnehmern am Sit-in erklärte dazu Ministerialrat Gehlsen, sein Ministerium werde sich darum bemühen, den Erlaß, der die Mittelhalbierung bestimmte, aufzuheben. Er rechne noch im Juni mit einer Antwort des Finanzministeriums auf einen von seinem Ministerium gestellten Antrag.

gh

## Raumplanung liquidiert?

Die Hinweise darauf, daß der Studiengang Raumplanung zumindest in seiner jetzigen Form als ingenieurwissenschaftlicher Studiengang liquidiert werden soll, verdichten sich (s. auch uni-info 14/76). Wie die Studienkommission mitteilte, habe sie in einem Gespräch mit Vertretern des Ministeriums den Eindruck gewonnen, daß in Hannover kein Interesse mehr an einer Aufrechterhaltung dieses Studienganges bestehe. Dies gehe auch schon aus den Anfang Juni veröffentlichten Zielzahlen der Universität Oldenburg für das Jahr 1985 hervor, in denen der Studiengang Raumplanung überhaupt nicht mehr erscheine. Jetzt will das Ministerium bis Ende dieses Jahres ein Gutachten über den Studiengang erstellen lassen, das letztlich über seine Existenz entscheiden soll.

## Emeritierung

Professor Dr. Günther Simon, 1954 an die Pädagogische Hochschule Oldenburg berufen und in den ersten Jahren an der Universität Oldenburg tätig, wird am kommenden Donnerstag, den 24.6. um 20.00 Uhr im Hörsaal G im Rahmen eines Kolloquiums anlässlich seiner Emeritierung zum Thema "Der Weg der PH Oldenburg von Kriegsende bis zur Gründung der Universität - aus der Sicht eines Naturwissenschaftlers" einen Vortrag halten.

## Senatssitzung

Die für Mittwoch, den 23. Juni 1976 geplante Senatssitzung ist auf Mittwoch, den 30. Juni 1976 verschoben worden.

## Tuto ren

Der Fachbereich I wird für seine Projekte im WS 76/77 insgesamt 10 Tuto renstellen ausschreiben, sofern die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Nähere Informationen in der Geschäftsstelle. Bewerbungsschluß: 29. Juni, 15 Uhr.

## Vorlesungsverzeichnis

Wie die Zentrale Studienberatung mitteilt, werden entsprechend den Ankündigungen, die den Fachbereichs-, Studiengangsvorsitzenden und den Projektveranstaltern zugesandt worden sind, ab Montag, den 21.6.1976, keine Neuanmeldungen von projektorientierten (einschl. FB II) oder projektunabhängigen (mit Ausnahme vom FB II) mehr bearbeitet. Nur wenn bei der redaktionellen Zusammenfassung bestimmte arbeitszeitliche und arbeitsökonomische Bedingungen gegeben sind, können nachträglich eingegangene Meldungen noch Berücksichtigung finden. Eine Garantie hierfür kann aber generell nicht gegeben werden.

## Probleme der Wiss. Assistenten

1976 laufen nach Angaben des Rektors, Professor Dr. Rainer Krüger, die Verträge von sechs wissenschaftlichen Assistenten aus, 1977 die von weiteren sieben; eine Verlängerung der Sechs-Jahres-Verträge sei prinzipiell nicht durchzusetzen. Daraus ergibt sich für Assistenten, die aufgrund der starken Inanspruchnahme im Hochschulbetrieb nicht in der Lage waren, sich eine formale Qualifikation - Promotion - für neue Bewerbungen zu verschaffen, angesichts der Arbeitsmarktsituation die akute Gefahr von Arbeitslosigkeit.

In dieser Situation und aufgrund der offenkundigen Probleme der Betroffenen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen

hatte die Universitätsleitung die Wissenschaftlichen Assistenten zu einem Gespräch geladen, einmal, um gemeinsam mit ihnen die aktuellen Probleme und Möglichkeiten, sie zu bewältigen, zu

besprechen, zum anderen, um einen Anstoß zu einer selbständigen Interessenvertretung zu geben. Daraufhin fand eine Assistentenvollversammlung statt, auf der Beschlüsse zur Verbesserung der Lage der Assistenten gefaßt wurden. Darin stellen die Betroffenen eine durch die Mangelsituation der Hochschule bedingte (zu wenig Hochschullehrer, Vertretung von Teildisziplinen durch Assistenten) extreme Belastung durch Abhaltung selbständiger Lehrveranstaltungen, die die Mindeststundenzahl von vier Wochenstunden pro Semester bei weitem übersteigen, sowie durch notwendige Selbstverwaltungsarbeit fest. Hinzu kommen weitere Belastungen: Betreuung studentischer Kleingruppen, Arbeiten beim systematischen Aufbau der Bibliothek, Arbeiten für Studienkommissionen. Angesichts dieser Inanspruchnahme fordern die Assistenten vom Rektor und von der GEW-Hochschulgruppe, über die GEW in Niedersachsen auf das

Kultusministerium einzuwirken, daß die Assistentenzeit, die prinzipiell auf sechs Jahre begrenzt ist, in anderen Bundesländern aber durchaus verlängert werden kann, auch von der Niedersächsischen Landesregierung großzügiger gehandhabt wird. Zudem sollen Rektor und Kanzler klären, inwieweit die Möglichkeit der Umwandlung einzelner Assistentenstellen in Stellen für Akademische Räte besteht. Die Fachbereichsräte werden aufgefordert, den Assistenten als Ausgleich für die Mehrbelastung lehrfreie Semester zu gewähren sowie gemeinsam mit Senat und Verwaltungsausschuß in ausreichendem Maße neue Akademische Ratsstellen zu beantragen. Ergänzend wird von den für die Besetzung wissenschaftlicher Stellen zuständigen Gremien gefordert, dem Beschuß des Personalrats zu folgen, wonach bei gleicher Qualifikation Bewerbern aus dem eigenen Hause der Vorzug zu geben ist.

jb

## Fußballturnier

Am Samstag, den 26.6., ab 13.00 Uhr, wird ein Fußballturnier für Betriebs-, Kneipen-, Vereins- und Unimannschaften durchgeführt. Kinderbetreuung, Teeküche, Grill und Diskothek am Abend bilden das Rahmenprogramm. Meldungen bis 26.6., 12.00 Uhr, an Christian Wopp, Tel.: 329.